

Der Sozialstaat ist kein Luxus, sondern ein hohes Gut

Interview mit Patrick Schreiner

TUP: Herr Schreiner, warum brauchen wir einen Sozialstaat?

Patrick Schreiner: Weil ohne einen Sozialstaat die Verteilung von Ressourcen in einer kapitalistischen Gesellschaft unmenschlich und daher mit dem Anspruch menschenwürdiger Lebensumstände nicht vereinbar wäre. Wir hätten eine noch krassere Ungleichheit; wir hätten Verelendung; wir hätten quasi unbegrenzte Ausbeutung von Arbeitskräften. Das wäre verheerend. Der Sozialstaat ist die institutionelle Form, in der komplexe Großgesellschaften Solidarität und Unterstützung organisieren.

Wie finanziert sich der deutsche Sozialstaat?

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales legt regelmäßig eine Statistik aller Sozialleistungen vor. Demnach sind ungefähr zwei Drittel der Sozialbeiträge zur Hälfte durch Arbeitgeber und Beschäftigte und zu einem Drittel aus Steuermitteln finanziert.

Wie hat sich der Sozialstaat über die letzten Jahrhunderte und Jahrzehnte entwickelt?

Wo fängt der Sozialstaat historisch an? Darüber lässt sich trefflich streiten. Manche beginnen mit Bismarck und der Einführung der Sozialversicherung. Erste Schritte wurden aber schon Jahrzehnte zuvor unternommen, etwa im Bereich des Wohnens. Es wurden seinerzeit die ersten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gegründet. Wie auch immer – die Wurzeln des modernen Sozialstaats in Deutschland liegen wohl im 19. Jahrhundert. Im Vergleich dazu haben wir gegenwärtig einen sehr viel leistungsfähigeren und umfassenderen, also seit damals deutlich ausgeweiteten Sozialstaat.

Doch klar ist auch: Einen breiten gesellschaftlichen Konsens über den Sozialstaat gibt es nicht und hat es auch niemals gegeben. Es gab immer politische Auseinandersetzungen – durchaus auch gewalttätige – darüber, wie dieser Staat und damit auch dieser Sozialstaat organisiert werden und welche Größe er haben sollte. So gibt es seit den 1970er-Jahren in Deutschland eine stetig wachsende Sozialstaatskritik. Befürworter eines starken Sozialstaats – etwa Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände – sind argumentativ in die Defensive geraten. Zwar gab es in den letzten gut 30 Jahren neue soziale Errungenschaften wie den Ausbau der Kita-Betreuung oder die Einführung des Mindestlohns. Aber insgesamt ist der Sozialstaat doch seit einigen Jahrzehnten als viel

zu teuer in die Kritik geraten; „als Klotz am Bein“ der Wirtschaft, als etwas, was die Menschen angeblich faul und passiv macht.

Diese Vorwürfe haben ihren Ausgang vor allem, so die vielfache Annahme, in der neoliberalen Politik von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien Mitte der 1980er-Jahre. Mit dieser Politik sei vor allem die Rechtssicherheit auf Wohlfahrt genommen worden. Ist dem so? An welchen Politikfeldern ist dies exemplarisch auszumachen?

In der Tendenz ist das schon richtig. Zugleich wäre es falsch zu behaupten, dass jemand in den 1960er- oder 1970er-Jahren, der Sozialleistungen wollte, einfach die Hand aufzuhalten brauchte. So war es auch damals nicht. Man musste immer schon Bedingungen erfüllen. Das ist auch in Ordnung, schließlich soll sich der Sozialstaat denen widmen, die wirklich einen Bedarf haben.

Besondere Einschnitte gab es seit den 1980er- und 1990er-Jahren bei der Absicherung von Menschen ohne Arbeit. Die Politik hat diese Hilfen seitdem in allen westlichen Ländern noch sehr viel stärker an Bedingungen geknüpft, sie hat den Zugang erschwert. In dem oft positiv zitierten Begriffspaar von *fördern und fordern* wurde sehr stark das *Fordern* in den Vordergrund gestellt; dies insbesondere im Zuge der sogenannten Hartz-Reformen vor gut 20 Jahren. Bei der gesetzlichen Rente geht es in eine ähnliche Richtung. Die Menschen erhalten immer noch eine gesetzliche Rente, und kaum jemand würde sagen, dass sie abgeschafft gehört; aber in der Höhe soll sie zunehmend hinter der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zurückbleiben. Die politischen Weichen sind inzwischen so gestellt, dass die Renten entsprechend ausgebremst werden, verbunden mit der Erwartungshaltung, wonach die Menschen zusätzlich private oder betriebliche Vorsorge leisten.

Von wem wird das Narrativ, wonach sich Deutschland den Sozialstaat in der gegenwärtigen Form nicht mehr leisten könne, eigentlich bedient und warum?

Eine kapitalistische Gesellschaft zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass es einen Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit beziehungsweise zwischen Kapital und den Menschen generell gibt. Mit Blick auf den Sozialstaat besteht ein offensichtliches Kapitalinteresse an einem kleinen Sozialstaat. Für Unternehmen und Kapitalbesitzende bedeutet ein starker Sozialstaat schließlich Kosten – und er stärkt die Position der Beschäftigten. Was beides nicht in ihrem Interesse ist.

Zugleich hat das Kapital, haben Unternehmen oder Unternehmensverbände kein grundsätzliches Interesse daran, den Sozialstaat gänzlich abzuschaffen. Deren Vertreter*innen sind sich schon bewusst, dass Elend, Unruhen und wachsende Kriminalität am Ende auch ihnen schaden.

Unternehmensinteressen müssen sich aber irgendwie in politische Interessen übersetzen, oder?

Ja. Natürlich geht mit wirtschaftlicher Macht immer auch politische Macht einher, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Da genügt ein Blick darauf, wie Donald Trump die Unternehmenschefs bei seiner Amtseinführung um sich herum versammelt hatte; wie der reichste Mensch der Welt unter Donald Trump plötzlich monatelang Behörden abbauen und Menschen entlassen konnte. Oder nehmen Sie das Beispiel, wie ein Millionär in Deutschland mit Nius ein rechtspopulistisches Internetmagazin hochzieht, das bis in Teile der CDU und FDP Einfluss ausübt.

Politik ist letztlich die Arena, in der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kapital und Menschen stattfinden.

Warum gibt es aber zu wenig politische Gegenwehr?

Das ist die entscheidende Frage, auf die ich, ehrlich gesagt, nicht die perfekte Antwort habe ...

... gerne auch eine unperfekte ...

Ich denke, es hat etwas damit zu tun, dass vielen Menschen nicht klar ist, wie die Interessen in der Gesellschaft verteilt sind, wer welche Interessen bedient; welche politischen Maßnahmen welchen Interessen nutzen.

Ist es also ein Kommunikations- oder Bildungsproblem?

Nein. Es hat immer auch ein Stück weit damit zu tun, wie Meinungen in der Gesellschaft gemacht werden und wer Meinung machen kann. Ich hatte auf das Beispiel Nius verwiesen. Ganz wesentlich ist in diesem Kontext der starke Einfluss von Social Media auf unsere Meinung. Heute existieren daher ganz andere Möglichkeiten, mit entsprechenden Geldern Meinung zu machen, als es den Zeitungsfürsten vor 50 oder 60 Jahren noch möglich erschien.

Ein weiterer, nicht ganz unwesentlicher, Punkt ist die Stärke der politischen Rechten. Der Hass auf sozial Benachteiligte, auf Geflüchtete, auf Homosexuelle, auf Obdachlose, auf Arbeitslose ist inzwischen so verbreitet, dass viele Menschen offenbar der Meinung sind, wenn sie nur „nach unten treten“, dann geht es ihnen gut. In dem Zusammenhang ist dann oft auch egal, ob zum Beispiel Steuerkonzepte zum Vorteil reicher Menschen sind oder nicht. Nehmen Sie etwa die Steuerkonzepte der AfD. Es würden davon vor allem die Superreichen profitieren, und zwar noch mehr als beispielsweise bei der Union. Sprich: Die AfD würde zugunsten der Reichen umverteilen. Die überwältigende Mehrheit der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger scheint das nicht zu stören – nach dem Motto: Ist mir doch egal, wenn die Reichen profitieren, Hauptsache ich profitiere auch ein bisschen. Dahinter verbirgt sich eine Ignoranz gegenüber dem ungemeinen Reichtum in Deutschland und dessen ungleicher Verteilung. Gepaart ist diese Einstellung mit einer Hetze, wonach denen nicht geholfen werden soll, die vermeintlich „faul“ sind und angeblich in unsere Sozialsysteme einwandern. Also Augen zu nach oben und treten nach unten.

Diese Denkweise hängt sehr eng damit zusammen, was wir gemeinhin als Neoliberalismus bezeichnen: dieses Zurückgeworfen-Sein auf sich selbst; dieser Trugschluss, für sich selbst sorgen zu müssen – ohne Sozialstaat, ohne gesellschaftliche Solidarität. Infolgedessen, so meine Annahme, gibt es zwei Denkweisen, wie es zu Hass und der Abgrenzung gegenüber Flüchtlingen, Arbeitslosen, Suchtkranken oder Wohnungslosen kommt.

Und zwar?

Nun, entweder über die Logik „Mir geht es dreckig, warum wird denen aber geholfen und nicht mir?“ Oder aber über die Logik: „Mir geht es gut, weil ich fleißig bin, die aber sind faul und denen geht es zu Recht schlecht.“ Diese zwei Denklogiken haben sich vielfach durchgesetzt.

In den Debatten um die Finanzierbarkeit des Sozialstaats wird immer wieder die Ausgabenseite thematisiert, aber kaum jemand geht systematisch daran, was auf der Einnahmenseite gemacht werden könnte, Stichworte: Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Schuldenbremse lockern. Wieso ist das so?

Was die Vermögen- und die Erbschaftsteuer betrifft, da hat es die Gegenseite leicht, mit Falschbehauptungen Oberwasser zu bekommen. Denn wenn Wähler*innen befürchten, Omas Häuschen zu verlieren, dann wird es schnell irrational. Da lassen sich einfach Ängste schüren. Dass Omas Häuschen in den gängigen Konzepten bei SPD, Grünen oder Linken gar nicht besteuert werden würde, spielt dann keine Rolle mehr. So ist es Konservativen und Liberalen wiederholt gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass letztlich viele das Nachsehen hätten, wenn die Erbschaftsteuer erhöht oder die Vermögensteuer wieder erhoben wird.

Hinzu kommt eine aus dem Neoliberalismus resultierende Vorstellung, wonach die Menschen frei sein sollen und damit auch möglichst frei von einem Staat, der in ihre Finanzen eingreift. Jede Form der Staatsintervention – auch über Steuern – wird in diesem Denken als eine Verletzung des eigenen Lebensbereichs verstanden. Vermutlich darf man diesen Faktor in der Gesamtdebatte nicht unterschätzen.

Sie haben für Ihr Buch „Nichts für alle“¹ vertiefende Blicke in den Sozialstaatsalltag werfen können. Gibt es eine zentrale, themenübergreifende Erkenntnis, die Sie aus allen Gesprächen mitnehmen konnten?

Es war beeindruckend zu sehen, wie engagiert die Menschen sind, die im und für den Sozialstaat arbeiten; wie wichtig ihre Aufgabe ist für diejenigen, denen sie zur Seite stehen – sei es etwa für werdende Mütter, für Jugendliche, die keine Eltern mehr haben, oder Menschen, die alkoholkrank sind. Dieses Bewusstsein dafür, einen wichtigen Job

1 Das Buch „Nichts für alle. Wie Politik und Wirtschaft uns den Sozialstaat kündigen“ von Patrick Schreiner ist 2024 im Brumaire Verlag erschienen.

zu tun und den auch gut machen zu wollen, war bei meinen Gesprächspartner*innen stark ausgeprägt. Zugleich geht damit Frust einher, denn die Rahmenbedingungen sind am Ende eben doch oft übel; es wird ihnen schwergemacht, ihre Arbeit vernünftig ausüben zu können. Entweder, weil beispielsweise das Gehalt nicht stimmt, weil Tätigkeiten ausgeübt werden müssen, die mit der eigentlichen Profession nichts zu tun haben, oder weil aufgrund von Personalmangel der Stress so groß ist, dass man am Ende aus dem Job flüchtet. Die Verbindung von Engagement und Frust, das war für mich persönlich nicht überraschend, aber doch sehr eindrücklich und bedrückend.

Konnten Sie aus den Erfahrungen und Erkenntnissen herausdestillieren, welches Politikfeld von zentraler Bedeutung sein wird, was wir jetzt vielleicht noch gar nicht so im Blick haben und wo der Gesetzgeber etwas tun muss, um lebenswerte Umstände für die Menschen zu ermöglichen?

Da würde ich kein Politikfeld in den Vordergrund heben wollen.

Vielleicht können wir die Probleme des Sozialstaats exemplarisch am Thema Wohnen durchbuchstabieren.

Ein Kernproblem ist, dass über Jahrzehnte hinweg auf die Regulierungskraft des Marktes gesetzt wurde. Sprich: Man hat geglaubt, wenn private Unternehmen Wohnraum bauen und vermieten und verkaufen, dann werde es schon genug bezahlbaren Wohnraum für alle geben. Eine fatale Annahme. Was übrigens in ähnlicher Weise etwa auch auf die Pflege oder das Gesundheitswesen zutrifft; teilweise auch auf die Kinder- und Jugendhilfe beziehungsweise die Soziale Arbeit.

Wer kann wie, womit und wodurch gegensteuern?

Grundsätzlich „die“ Politik, wofür es allerdings gesellschaftlichen Druck braucht. Notwendig ist es, ein Stück weit wegzukommen von einer Marktlogik hin zu einer stärkeren Logik öffentlicher und gemeinnütziger Daseinsvorsorge. Dies vor allem in den Kernbereichen sozialstaatlicher Dienstleistungen: Rentenversicherung, Gesundheitswesen, Wohnraumversorgung, Pflege, Bildung, Soziale Arbeit. In diesen Bereichen haben private Unternehmen nichts zu suchen. Hier liefern Märkte schlicht nicht das, was unsere Gesellschaft zu Recht vom Sozialstaat erwartet: Gute Sozial- und Dienstleistungen für alle, zu akzeptablen Preisen und solidarisch finanziert.

Sehen Sie dafür den politischen Willen beziehungsweise politische Mehrheiten?

Derzeit sehe ich die politischen Mehrheiten nicht. Wir sprachen bereits darüber: Die meisten Menschen halten es für sinnvoller, nach unten zu treten, als zu versuchen, ihre Interessen gegenüber denen, die politische und wirtschaftliche Macht haben, durchzusetzen. Perspektivisch ist es aus meiner Sicht unabdingbar, private Unternehmen stärker zu regulieren und in einigen Bereichen nichtprofitorientiertes Eigentum wieder

zu fördern. Vor allem im Wohnungswesen, der Gesundheitsversorgung oder im Pflegebereich brauchen wir wieder mehr kommunales beziehungsweise freigemeinnütziges Eigentum. Auch in der Sozialen Arbeit sollten wir kommunale und freigemeinnützige Akteure stärken. Sie sind im deutschen Sozialstaat noch immer ein echtes Pfund – auch wenn sich Politik seit Jahrzehnten in die falsche Richtung verrannt hat und stärker auf Märkte sowie profitorientierte private Akteure setzt. Kurzum: Wir müssen kommunale und gemeinnützige Akteure stärken. Dafür um politische Mehrheiten zu ringen, lohnt sich.

Wie kann das passieren?

Das unterscheidet sich von Bereich zu Bereich. Ich halte es durchaus für sinnvoll, beispielsweise im Wohnungswesen über Enteignungen nachzudenken. Es ist aber ebenso denkbar, es so zu machen, wie die Stadt Wien es vor hundert Jahren gemacht hat. Dort hat man Mieten so stark reguliert, dass private Anbieter gar kein Interesse mehr daran hatten, in Wohnraum zu investieren. Es ließ sich damit kaum noch Geld verdienen. Im Zuge dessen haben die Privaten ihre Grundstücke und Wohnungen verkauft und der Staat konnte diese günstig erwerben. Sprich: Es braucht dann gar keine formelle Enteignung.

Im Gesundheitswesen werden seit Jahren vielfach Arztpraxen geschlossen oder an Private-Equity-Fonds verkauft, weil es schlicht keine Nachfolger*innen gibt, die selbstständig oder als freier Arzt, freie Ärztin eine Praxis betreiben möchten. Inzwischen gibt es Pilotprojekte, wonach Ärztekammern Arztpraxen betreiben und eine Ärztin oder ein Arzt nur noch angestellt wird. Dies ist, wo gewünscht, ein absolut sinnvoller und guter Weg.

Wie bedeutsam ist in diesem Zusammenhang das Subsidiaritätsprinzip? Sehen Sie es in Gefahr?

Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet ja, dass eine Aufgabe von der niedrigstmöglichen Ebene erledigt wird. Oswald von Nell-Breuning, der wichtige katholische Denker zu diesem Thema, hat zugleich zu Recht betont, dass die übergeordnete Ebene dabei in der Pflicht ist und bleibt, die nachgeordnete zu unterstützen. Im deutschen Sozialstaat hat sich hieraus eine starke Stellung der freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände und eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen abgeleitet.

Wenn Sie Befürworter*innen einer stärkeren Marktöffnung nach dem Subsidiaritätsprinzip fragen, werden diese hingegen häufig argumentieren, dass auch und vor allem private Unternehmen ihren Platz in der sozialen Versorgung haben müssten. Ich halte diese Interpretation für problematisch. Das Subsidiaritätsprinzip gerät dort in Gefahr, wo es in dieser Weise missverstanden und zur Rechtfertigung einer stärkeren Kommerzialisierung sozialer Dienstleistungen herangezogen wird.

Subsidiarität zielt darauf ab, eine möglichst staatsferne, zugleich aber gemeinwohlorientierte Versorgung der Menschen zu gewährleisten. Sie ermöglicht soziale Leistungen und Dienstleistungen, die von freien gemeinnützigen Trägern erbracht werden.

Diese Träger orientieren sich dabei an den Werten und Überzeugungen wichtiger gesellschaftlicher Großgruppen – etwa christliche Organisationen oder Träger aus der Arbeiterbewegung. Für sie stehen nicht Profite, sondern der Mensch und sein Wohl im Mittelpunkt. Diese Vielfalt und diese gesellschaftliche Verankerung könnten verloren gehen, wenn private, gewinnorientierte Unternehmen im sozialstaatlichen Bereich zunehmend die Versorgung übernehmen.

Abschließend: Wodurch ist die Zukunftstauglichkeit des Sozialstaats am meisten gefährdet?

Durch die Dominanz der Interessen des Kapitals. Und durch ein Denken in weiten Teilen der Bevölkerung, wonach der Sozialstaat ohnehin dem Untergang geweiht ist; wonach dieser verkleinert werden müsse und sich daher die Menschen so gut wie möglich selbst absichern sollten.

Gibt es Grund zur Hoffnung?

Ja. Das neoliberale Denken hat sich in den letzten Jahren ein Stück weit selbst delegitimiert. Beispielsweise mit der Finanzkrise ab 2007, mit den gescheiterten Horrorprognosen zur Beschäftigungsentwicklung durch den Mindestlohn oder mit ihrer marktradikalen Wohnungspolitik sind die Neoliberalen – für alle erkennbar – grandios gescheitert. Wir sehen ferner, dass etwa die Gewerkschaften wieder einen stärkeren Zulauf unter jungen Leuten haben. Das war in meiner Generation anders. Wenn man sich anschaut, wie junge Leute sich heute engagieren, auf die Straßen gehen gegen die AfD oder für eine vernünftige Klimapolitik, dann erleben wir ein politisierteres Zeitalter als noch in den Nullerjahren, als alles und jede*r gefangen war im Glauben an den Markt. Auch auf die aktuellen Demonstrationen für ein starkes Gesundheitswesen, für die Eingliederungshilfe und für eine gute Soziale Arbeit will ich hinweisen. Gleichzeitig haben wir mit der AfD als Partei und den Rechtstendenzen an sich eine Gefahr, die es in der Form früher nicht gab und die auf keinen Fall kleingeredet werden darf.

Dennoch: Es gibt ein Bewusstsein dafür, wie wichtig es ist, für einen starken Sozialstaat zu kämpfen; sich dafür zu organisieren in Gewerkschaften und anderen Organisationen; sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Das stimmt mich durchaus optimistisch. Ich wünsche mir natürlich immer, es würde mehr passieren. Aber es passiert schon vieles.

Interview: Peter Kuleßa

Patrick Schreiner

ist promovierter Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Gewerkschafter in Berlin und ist verschiedentlich publizistisch tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wohnen und soziale Ungleichheit. Zuletzt erschien von ihm im PapyRossa-Verlag der Einführungsband „Sozialstaat“ (gemeinsam mit Kai Eicker-Wolf).